

10 Euro Mindestlohn: Notwendig und machbar!

Wahlbüro DIE LINKE NRW

28. Juli 2009

10 Euro Mindestlohn

DIE LINKE fordert in ihrem Bundestagswahlprogramm 2009 die Einführung eines „flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns nach französischem Vorbild“, der „in der nächsten Wahlperiode auf 10 Euro erhöht wird und Jahr für Jahr zumindest in dem Maße wächst, wie die Lebenshaltungskosten steigen“. Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE dafür ein „höhere tarifliche Mindestlöhne in den betreffenden Branchen für allgemeinverbindlich“ zu erklären und die „Allgemeinverbindlichkeitserklärung auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände“ zu erleichtern.

Der europäische Vergleich

In 22 von 27 EU-Mitgliedstaaten werden Mindestlöhne gezahlt. Bereits jetzt gilt in Frankreich und den Niederlanden ein Mindestlohn von 8,71 Euro. In Irland werden 8,65 Euro und in Belgien 8,41 Euro gezahlt. In Luxemburg beträgt der Mindestlohn durchschnittlich 9,49 Euro, für Fachkräfte sogar 11,67 Euro. Diese Vergleichszahlen sind ein zusätzlicher Grund für die Einführung eines Mindestlohns von 10 Euro in Deutschland. Warum sollten in Deutschland bei höherer Produktivität niedrigere Mindestlöhne gelten als in Frankreich, Luxemburg oder Belgien?

Niedriglohngrenze 9,62 Euro

Nach einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg/Essen vom Mai 2009 sind die Durchschnittslöhne im Niedriglohnsektor inflationsbereinigt gegenüber 1995 nicht gestiegen und in Westdeutschland in den letzten Jahren sogar nominal gesunken. Insgesamt lag der Anteil von im Niedriglohnbereich Arbeitenden unter allen abhängig Beschäftigten 2007 bei 21,5% - d.h. mehr als jede/r Fünfte arbeitete für einen Stundenlohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. 2007 nahm die Zahl der NiedriglöhnerInnen im Vergleich zu 2006 noch einmal um 350000 Beschäftigte zu, ein Ende ist nicht in Sicht. Gleichzeitig wird festgestellt, dass das Lohnspektrum immer mehr nach unten sinkt und Stundenlöhne von weniger als 6 Euro brutto längst keine Seltenheit mehr sind. Nach OECD-Kriterien lag die Lohnschwelle für Niedriglöhne 2007 in Westdeutschland bei 9,62 Euro, in Ostdeutschland bei 7,18 Euro. Um eine weitere Ausweitung des Niedriglohnbereichs zu stoppen, ist ein gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro, also oberhalb der OECD-Niedriglohngrenze, zwingend geboten.

Gesetzlicher Mindestlohn schafft Arbeitsplätze

Eine Studie des Instituts Econometrics im Auftrag der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) zu Arbeitsplatzeffekten bei der Einführung eines Mindestlohns bestätigt die Erfahrungen, die in europäischen Ländern nach der Einführung eines Mindestlohns gemacht wurden. Das Institut geht von der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 Euro ab dem Jahr 2010 aus, der bis 2011 schrittweise auf neun Euro angehoben wird. Davon würden insgesamt rund 9 Millionen Menschen profitieren. Die steigende Nachfrage würde kurzfristig einen Konsumschub auslösen und 225.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Ein Grund mehr für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Die Position der anderen Parteien

Im Bundestagswahlkampf 2005 wurde die Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns noch von allen anderen Parteien, die im Bundestag vertreten sind, als Spinnerei oder als weltfremd abgetan. Die SPD lehnte in der vergangenen Legislaturperiode alle Anträge der Fraktion DIE LINKE im Bundestag nach Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns ab. CDU und FDP stehen weiterhin für die Position der Unternehmensverbände keinen Mindestlohn einführen zu wollen, während jetzt im Wahlkampf 2009 SPD und Grüne mit der Forderung nach einem Mindestlohn von 7,50 Euro auftreten. Dies ist allein schon wegen ihres Verhaltens in den letzten Jahren wenig glaubhaft. Zudem scheint man sich, was die Höhe angeht, nicht einmal an den europäischen Nachbarn orientieren zu wollen. Bei SPD und Grünen scheint die Zeit stehen geblieben zu sein, was die Höhe des Mindestlohns angeht. DIE LINKE steht dagegen für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, der über der OECD-Niedriglohngrenze von 9,62 Euro liegt.

Zum Weiterlesen

DGB: <https://www.mindestlohn.de/>

Die Fehlargumente der Mindestlohngegner:
<http://www.mindestlohn.de/argument/fehlargumente/>

IAQ-Report: <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2009/report2009-05.shtml>

Ver.di-Mindestlohnstudie: https://presse.verdi.de/aktuelle-themen/mindestlohn/hintergrund_material/data/verdi_mindestlohn_gutacht.pdf

A-Z Mindestlohn Fraktion DIE LINKE:
http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1723364544